



XPS 38/2016

Erwachsenenadoption

Die Standesämter teilen den Meldebehörden unverzüglich die Beurkundung der Geburt eines Kindes sowie jede Veränderung des Personenstands einer Person mit (§ 17 Abs. 4 BMG).

Unter den Begriff „Veränderung des Personenstands“ fällt auch die Annahme an Kindes statt.

Muster einer Folgebeurkundung (Annahme eines Minderjährigen) im Geburtenregister

Standesamt, Nummer	Bad Salzschlirf, 06631010
Registernummer	G 115/2015
Folgebeurkundung Nummer	3
Anlass der Beurkundung	Annahme eines Minderjährigen durch eine Einzelperson, §§ 1741, 1754 Abs. 2 BGB
Datum der Wirksamkeit	15.03.2016

Kind

Geburtsname Schuster

Mutter

Muster eine Folgebeurkundung (Annahme eines Volljährigen) im GEburtenregister

Standesamt, Nummer	Bad Salzschlirf, 06631010
Registernummer	G 121/1982
Folgebeurkundung Nummer	1
Anlass der Beurkundung	Annahme eines Volljährigen durch eine Einzelperson, §§ 1767, 1770 BGB
Datum der Wirksamkeit	15.03.2016

Kind

Geburtsname Schuster

In beiden Fällen ändern sich neben dem Geburtsnamen auch die Angaben der Eltern.

Wie sieht die Umsetzung im Melderegister aus?

3.2.1 BMG-VwV

Im Fall einer Adoption ist ein neuer Datensatz anzulegen. Dabei darf im Zusammenhang mit dem neuen Namen weder der vor der Adoption geführte Name noch ein sonstiger Hinweis auf die Adoption im Melderegister gespeichert werden. Bei dem vor der Adoption geführten Namen ist, **wenn der Angenommene zum Zeitpunkt der Adoption bereits volljährig war, ein Verweis auf die unter dem neuen Namen gespeicherten Daten anzubringen**. Die bisherigen Daten unterliegen grundsätzlich einem Offenbarungsverbot nach § 1758 BGB und § 63 PStG. Unter Wahrung dieses Offenbarungsverbots ist eine Verknüpfung des bisherigen und des aktuellen Datensatzes sowohl bei der Adoption Minderjähriger als auch volljähriger Personen zu gewährleisten.

...

Der neue Datensatz des Angenommenen enthält insbesondere ein neues Ordnungsmerkmal und neue Namensangaben. Die Identifikationsnummer wird in den neuen Datensatz übernommen. Für den neuen Datensatz wird grundsätzlich keine Auskunftssperre im Zusammenhang mit der Adoption eingerichtet. Sonstige bestehende Sperren sind zu übernehmen. Der Datensatz mit den Daten vor der Adoption erhält durch die Meldebehörde, in deren Zuständigkeitsbereich die Annahme als Kind bearbeitet wird, eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 5 Nummer 1 BMG und wird als Wegzug „nach unbekannt“ in den Datenbestand nach § 13 Absatz 2 BMG überführt. Dieser Datensatz steht nicht für Datenabrufe zur Verfügung.

Das Offenbarungsverbot ist auch nach Abschluss des Adoptionsverfahrens zu beachten.

Die vorgenannten Regelungen gelten entsprechend auch bei einer Volljährigenadoption.

Im Melderegister werden die persönlichen Daten des Kindes erfasst (§ 3 Abs. 1 BMG). Bei dem Kind erfolgt zusätzlich eine Verknüpfung zu seinem Gesetzlichen Vertreter (§ 3 Abs. 1 Nr. 1) BMG). Bei den Eltern wird auf das Kind hingewiesen (§ 3 Abs. 1 Nr. 16 BMG).

Hier liegt der Unterschied zwischen der Annahme eines Minderjährigen und eines Volljährigen. Die beiden letzten Punkte sind nur in den Fällen der Annahme eines Minderjährigen relevant.

Im Melderegister wird kein Unterschied zwischen der Annahme eines Minderjährigen und eines Volljährigen gemacht.

Würde der Meldebehörde bei der Annahme eines Volljährigen nur die Tatsache der Namensänderung mitgeteilt, so wäre im Melderegister kein Hinweis auf die Annahme ersichtlich.

Damit würde das Offenbarungs- und Ausforschungsverbot (§ 1758 Abs. 1 BGB) im Melderegister noch stärker beachtet werden.

Gerhard Bangert
(Studienleiter)